

Zölle sollen Düngemittelhersteller schützen

Reduzierung der Beschaffungskosten für Energie und Gas dringend notwendig

Teures Erdgas, billige russische Importe und Gasspeicherumlage: Die deutschen Düngemittelhersteller verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit. Großunternehmen wie SKW aus Wittenberg stellen Anlagen ab. Doch neue Zölle könnten die Lage bald entspannen.

Anfang Dezember 2024 stellten der Leipziger Gaskonzern VNG und das niederländische Unternehmen HyCC in Wittenberg eines der bisher größten Projekte Deutschlands für grünen Wasserstoff vor. In unmittelbarer Nähe des Agro-Chemieparks, in dem der Düngemittelhersteller SKW Stickstoffwerke Piesteritz sitzt, soll ein Wasserstoffelektrolyseur mit einer Leistung von 500 MW entstehen. Für das Milliardenprojekt soll die Investi-

es. „Die Kapazitäten sind aktuell nicht komplett ausgelastet“, schreibt der Industrieverband Agrar (IVA). Vizepräsident Marco Fleischmann, Vorsitzender des IVA-Fachbereichs Pflanzenernährung, fordert: „Wir brauchen dringend eine Lösung für die strukturellen Wettbewerbsnachteile deutscher Düngemittelproduzenten durch die aus den Fugen geratenen Energiepreise. Dazu müssen vor allem die staatlich regulierten Kos-



© Steffen Höhne

Wir brauchen dringend eine Lösung für die strukturellen Wettbewerbsnachteile deutscher Düngemittelproduzenten.

Marco Fleischmann, Vorsitzender des Fachbereichs Pflanzenernährung, Industrieverband Agrar (IVA)

tionsentscheidung jedoch erst 2026 fallen. Zur Präsentation des Vorhabens war auch SKW-Geschäftsführer Carsten Franke geladen. Der Düngemittelhersteller gehört zu den größten Erdgasverbrauchern Deutschlands. Ziel ist es, den fossilen Rohstoff durch nachhaltig produzierten Wasserstoff zu ersetzen. SKW ist also potenzieller Großkunde.

Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen

Bei der Podiumsdiskussion machte Franke jedoch klar, dass SKW zunächst wieder wettbewerbsfähig werden muss, um überhaupt eine grüne Zukunft zu erreichen. Aktuell schreibt das Unternehmen nach eigenen Angaben Verluste, seit 2021 ist eine der beiden großen Ammoniakanlagen regelmäßig außer Betrieb. Und nicht nur SKW hat Probleme. In der gesamten Branche knirscht

ten wie etwa die Gasspeicherumlage runter. Aber auch Zölle auf russische Düngemittel zu Dumpingpreisen sind längst überfällig.“

Situation der Düngemittelbranche

Doch wie ist die Lage der Branche genau? Es gibt verschiedene Gruppen von Dünger: Stickstoff, Kalium und Phosphor. Hier geht es allein um Stickstoff. Bei den Düngemittelherstellern wird Erdgas nicht vorrangig zur Energieerzeugung benötigt, sondern zu 80% als Rohstoff. Aus Erdgas (CH₄) wird zunächst Ammoniak (NH₃) hergestellt, indem Stickstoff (N) aus der Luft chemisch gebunden wird.

In Deutschland gibt es laut IVA lediglich vier große Produzenten von Stickstoffdünger: Domo Caproleuna in Leuna (Kapazität 400.000 t/a), Ineos Manufacturing Deutschland in Köln-Worringen (35.000 t/a), SKW

Piesteritz in Wittenberg (600.000 t/a) und Yara mit Werken in Brunsbüttel (620.000 t/a) und Rostock (1.500.000 t/a). Die Gesamtkapazität beträgt 3.155.000 t/a. Während in Wittenberg und Brunsbüttel der Stickstoffdünger aus Erdgas hergestellt wird, importiert das Werk in Rostock Ammoniak in großen Mengen. Bei Domo in Leuna ist der Stickstoffdünger ein Nebenprodukt in der Polyamidherstellung.

Wie IVA-Vize Fleischmann sehen auch die anderen Chefs der Düngemittelhersteller mindestens drei Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit der Werke massiv beeinträchtigen: der hohe Gaspreis, zusätzliche Importe von russischem Dünger und staatliche Umlagen auf Energie.

Hoher Gaspreis: Laut Vedran Kujundzic, Geschäftsführer Domo Caproleuna, hatte sich der Börsenpreis von Mitte bis Ende 2024 auf mehr als 50 EUR/MWh verdoppelt. Aktuell liegt er um die 40 EUR/MWh. „Die europäischen Gaspreise sind immer noch vier- bis fünfmal höher als in anderen Regionen“, so Kujundzic. Vor allem in den USA, Russland und im Mittleren Osten ist Erdgas sehr günstig.

Als einer der wenigen Chemiemanager macht SKW-Chef Franke auch klare Aussagen, wo die Preise aus seiner Sicht hingehen müssen: „Mit Preisen von 20 bis 30 EUR/MWh kann die deutsche Grundstoffchemie leben“, so Franke. Alles darüber werde schwierig. Der Geschäftsführer der Chemieparks-Gesellschaft InfraLeuna, Christof Günter, fordert

daher auch die Wiederaufnahme von russischen Pipelinelieferungen, um das Preisniveau zu senken. Vor 2021 lagen die europäischen Gaspreise teilweise unter 20 EUR/MWh.

Russische Düngemittelimporte: Agrarprodukte sind bisher von den europäischen Russland-Sanktionen im Zuge des Ukraine-Kriegs ausgenommen. Das führte dazu, dass die russischen Erdgaslieferungen deutlich zurückgingen, veredelte Erdgaslieferungen in Form von Düngemitteln aber stark zunahm. Laut Zahlen

mehr voll auslasten können“, sagt Fleischmann, der auch Deutschlandchef von Yara ist. Seit zwei Jahren fordern die deutschen Produzenten, russischen Dünger auf die Sanktionsliste zu setzen oder Zölle zu erheben.

Jetzt will die EU-Kommission russischen Dünger mit hohen Zöllen belegen, das EU-Parlament muss aber noch zustimmen. Beginnend mit 40 EUR/t Stickstoffdünger zum 1. Juli 2025 und 60 EUR/t zum 1. Juli 2026, sollen die Zölle schrittweise auf 315 EUR/t bis zum

wir sehr ernst“, sagte daher auch SKW-Geschäftsführerin Antje Bittner. Alle bekannten Analysen kämen jedoch zu dem Schluss, dass nicht mit bemerkenswerten Preisänderungen zu rechnen sei.

Gasspeicherumlage: Während Erdgaspreise und russische Düngemittelimporte europäische Probleme sind, trifft die sog. Gasspeicherumlage vor allem die deutschen Düngemittelhersteller. Die Gasspeicherumlage wurde im Oktober 2022 vor dem Hintergrund der Gaspreiskrise eingeführt. Sie lag beim Start bei 59 ct/MWh, aktuell sind es bereits knapp 3 EUR/MWh. Das Unternehmen Trading Hub Europe (THE) ist dafür verantwortlich, dass die Gasspeicher bis zum Herbst zu 90% gefüllt sind. Das ist gesetzlich vorgeschrieben. Die Gesellschaft übernimmt im Zweifelsfall die Befüllung auf Staatskosten. Diese Kosten werden jedoch über die Gasspeicherumlage an die Verbraucher weitergegeben.

SKW-Chef Franke drängt darauf, industrielle Großverbraucher von der Umlage zu befreien. „Wenn eine Produktion in Deutschland überhaupt noch gewollt ist, dann müssen dringend die Beschaffungskosten für Energie und Gas reduziert werden“, sagte der Unternehmenschef. „Kurzfristig muss die Gasspeicherumlage für die inländische Industrie ersatzlos gestrichen werden.“ Die Umlage koste SKW 42 Mio. EUR im Jahr – bei einem Jahresumsatz von 800 Mio. EUR. Errechnet wurde das aus einem Jahresverbrauch von 14 TWh.

Fazit

Bisher hat keiner der deutschen Düngemittelhersteller seine Anlagen dauerhaft geschlossen. Nach der Bundestagswahl hat SKW sogar die zweite Ammoniakanlage zur Produktion von Harnstoff wieder in Betrieb genommen. SKW versteht das als „Vorleistung“ für eine Politikänderung. Mit Blick auf die Düngesaison im Frühjahr muss das Unternehmen wahrscheinlich aber auch seine Lager füllen. Die SKW-Führung macht klar, dass die Lage aus ihrer Sicht weiter sehr kritisch ist: „Handelt die Politik nach der Wahl nicht problemadäquat, dann müssen wir wahrscheinlich sogar beide Ammoniakanlagen abstellen. Denn auf Dauer können wir uns diese Verluste schlicht nicht leisten“, ist aus der Unternehmenszentrale in Wittenberg zu vernehmen.

Steffen Höhne, Wirtschaftsjournalist, Markkleberg



SKW-Geschäftsführer Carsten Franke steht auf der Plattform einer Anlage im Agro-Chemiepark.

SOURCING
LOGISTIK
DISTRIBUTION
LOHNPRODUKTION

SOURCING. HANDLING. LIEFERN. GEBÜNDELT AUS EINER HAND.

Über 20.000 Kunden weltweit vertrauen auf uns als ihren Single Sourcing Partner für die bedarfsgerechte und sichere Distribution ihres chemischen Bedarfs. Kunde werden auf hugohaeffner.com

HÄFFNER
GMBH & CO. KG

Losgelöst von fremden Erden?

◀ Fortsetzung von Seite 5

China, Indien oder Pakistan sind regelrechte Vorbilder für ein sog. Nearshoring. Förderstätten und Fabriken liegen Tür an Tür. Niedrige Löhne und geringe Transportkosten bestimmen den Preis, weshalb Fernost für viele als Lieferregion der Wahl gilt – auch für nicht monopolisierte Produkte. Vom Preis ab Werk ließen sich Einkäufer nicht selten täuschen, so der ERA-Experte. Doch es gebe eine Reihe versteckter Kosten, etwa für Wareneingangsprüfungen oder Reklamationen. Vom Soll abweichende Zusammensetzungen oder Verunreinigungen von Produkten seien keine Seltenheit. Dies erfordere regelmäßige Abstimmungen und Qualitätskontrollen vor Ort. Dies und mögliche Kompensationskosten beim Ausfall von Chargen gehörten in eine ehrliche Gesamtkostenanalyse, bevor europäische

Alternativen als zu teuer verworfen würden.

Die Risiken streuen

Reshoring, Nearshoring oder Offshoring – nichts davon sei im Augenblick der Königsweg. Die letzten fünf Jahre hätten vielmehr gezeigt, wie wichtig eine breite Auf-

Ebenso wichtig seien dynamische Vertragsstrukturen mit Lieferanten und Produzenten. Diese ermöglichten es, Produktionsorte und -mengen schnell anzupassen und somit flexibel auf Engpässe zu reagieren.

Die Lieferengpässe bei Medikamenten und pharmazeutischen Rohstoffen adressiert der Critical Medicines Act. Vor wenigen Wochen,

ten Zulassungsverfahren erleichtert. Unter anderem sollen „auf Anfrage der Mitgliedstaaten“ gemeinsame Beschaffungsinstrumente unterstützt werden.

Lieferkettenprobleme waren nicht die einzige Ursache dafür, dass die Chemie- und Pharmaproduktion im Jahr 2024 beinahe stagnierte. Verantwortlich waren auch Kapazitätsengpässe und hohe Kosten am Standort Deutschland. „Inzwischen erwägen vier von zehn Industrieunternehmen, die Produktion weiter zu drosseln oder gar ins Ausland abzuwandern“, warnte der VCI Ende 2024. Allerdings wisse man bei einigen Lieferländern nicht, ob einem die Fabrik, die man dort heute baue, morgen noch gehöre, so ein Manager aus der Chemiebranche.

Manfred Godek, freier Finanzjournalist, Monheim

■ godek@t-online.de

Rohstoffpolitik muss weitergedacht werden und auch organische Rohstoffe in den Blick nehmen.

Matthias Belitz, VCI

stellung in der Lieferkette sei, so Heithorst. Es bedürfe eines diversifizierten Netzwerks an Zulieferern. Eine geografische Verteilung trage dazu bei, die Fertigungsflexibilität zu erhöhen und Risiken besser zu streuen.

Im März 2025, legte die Kommission den Entwurf vor: Projekte zur Herstellung kritischer Arzneimittel oder ihrer Inhaltsstoffe sollen als „strategisch“ eingestuft werden, was den Zugang zu Finanzierungen und beschleunig-